



100 Jahre
Inflation und Rentenmark

NEUER ZEITGEIST



TREND

Staatsreparatur

Bezirksgeschäftsstelle

Weihnachten

Lieber Leser,

Sie werden sich vielleicht wundern, wenn Sie als Herausgeber dieser Weihnachtsausgabe den Verein „Freunde der Staatsreparatur“ im Impressum finden und nicht den Parteibezirk Steglitz-Zehlendorf. Ob der TREND das Magazin des Bezirks ist oder nicht, darüber streiten sich derzeit die Geister und die Schiedsgerichtsbarkeit. Wie so oft geht es dabei nicht um unser Herzensanliegen, der Gesundheit unseres Heimatlandes, sondern um Mißgunst, Neid und Eitelkeit. Der Vorteil dieser Interimslösung ist jedoch, daß es mir als derzeit Parteilosem Gelegenheit bietet, mein Wort an Sie zu richten.

An Weihnachten schauen wir auf das Jahr zurück und denken an jene, die uns nah und lieb sind und jene, die uns fern und lieb sind. Früher waren das die Geschwister, Kinder, Eltern und Großeltern.

Heute sind viele Familien zerstreut über das Land oder sogar die Welt und etliche haben gar keine Kinder mehr. Ehegatten oder Kinder und Eltern sowie Geschwister untereinander haben sich nicht nur in Einzelfällen von einander entfernt. Einsamkeit ist die Folge.

Der Philosoph Norbert Bolz beschreibt in seinem Essay „Der kalte Krieg um die Familie“ in bekömmlicher Art die Dekadenz der Selbstüberhöhung auf Kosten der Gemeinschaft (Link zum einstündigen Podcast siehe rechts).



Der woke Zeitgeist will uns alles andere als das Normale schmackhaft machen. Von der Patchworkfamilie über alleinerziehende Mütter, Mehrelternschaft, gleichgeschlechtliche Eltern und zur Geschlechtsverstümmelung vorgesehene Kinder und Jugendliche. Selbst queere Krippenspiele werden heute zum Besten gegeben. Vor fünfzig Jahren wäre jedem dazu der Begriff Satanismus in den Sinn gekommen.

Heute vertreten die Staatskirchen, die Bundesregierung und das Bundesverfassungsgericht in etwa das Gleiche. Hoffen wir auf Erlösung.

Frohe Weihnachten!

Andreas Wild

<https://kontrafunk.radio/de/sendung-nach hoeren/kultur-und-wissenschaft/audimax-das-kontrafunkkolleg/norbert-bolz-der-kalte-krieg-um-die-familie-wdh-vom-3-september-2023>



Inhalt

Seite 2 Editorial/Titel/Impressum

Andreas Wild

Seite 3 Potitik

Aiwanger u. d. Politische Kultur

Seite 4 Geschichte

100 Jahre u. Rentenmark

Seite 5— 6 Geschichte

160 Jahre Annexion Schleswigs

Seite 6 Gedicht

Die Schuldenmacher

Seite 7 Glosse

Das Haus am See

Seite 8 Freunde der Staatsreparatur e. V.

Aufnahmeformular

Cover: Herrnhuter Stern im Jungfernstieg 4 b

Spenden für unsere Vereinsarbeit ...

Empfänger: Freunde der Staatsreparatur e. V.
IBAN: DE57 1705 2000 0940 0767 80

BIC: WELADED1GZE Bank: Sparkasse Barnim

Verwendungszweck: Spende Staatsreparatur

Vorname, Nachname, Straße/Hausnummer, PLZ/Ort

Aiwanger und die Politische Kultur

Es hätte doch so schön sein können. Da haut man der CSU in Bayern den gewünschten Koalitionspartner weg und zwingt sie angesichts der Selbstblockade der „bürgerlichen Parteien“ und der sonstigen allgemeinen Mehrheitsverhältnisse in eine ungeliebte Koalition mit den Grünen. Das bewirkt man mittels eines 35 Jahre alten zynischen und menschenverachtenden Textes, den der Vorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, 1987 als damals sechzehnjähriger Schüler verfaßt haben soll, und der einem von einem offensichtlichen Denunzianten zugespült worden ist. So etwa hatte sich die Redaktion der pseudobürgerlichen Süddeutschen Zeitung das Ergebnis der von ihr sechs Wochen vor der bayerischen Landtagswahl initiierten Kampagne vorgestellt.



Den Spielregeln der „Politischen Kultur“ in Deutschland folgend hätte nun der Angegriffene, als „Nazi“ abgestempelt und stigmatisiert, von allen Wohlmeinenden hinfort gemieden, Reue zeigen und sich pflichtgemäß und schuldbewußt aus der Öffentlichkeit und vor allem der Politik zurückziehen müssen. Eine Vergeltung einer 35 Jahre zurückliegenden Jugendsünde war dabei selbstverständlich nicht vorgesehen.

Doch es kam anders. Diese Spielregeln funktionieren nämlich nur, wenn sie von der breiten Mehrheit der Bevölkerung unreflektiert übernommen und weitergetragen werden. Aber die Zeiten ändern sich. Im Fall Aiwanger traten dem Angegriffenen viele Menschen zur Seite, und

es wurde deutlich, wie groß inzwischen der Unterschied zwischen der veröffentlichten Meinung des woken Mainstreams und der tatsächlichen Meinung großer Teile der Bevölkerung ist.

Der bayerische Ministerpräsident Söder wartete wohl erst noch das Ergebnis der Meinungsumfragen ab, ehe er sich entschied, Aiwanger politisch korrekt fallen zu lassen oder an ihm festzuhalten. Aber als die Freien Wähler im Zuge der Aiwanger-Affäre in den Umfragen auf zeitweise 17%

stiegen war seine Entscheidung klar. Indem er an Aiwanger festhielt, versetzte er der

Kampagne der Süddeutschen Zeitung zugleich den Todesstoß.

Den Protagonisten des linksliberalen Mainstreams blieb als schlechte Verlierer nur noch nachzutreten und über den Verlust an „Politischer Kultur“ in Deutschland zu lamentieren.

Am 8. Oktober kam dann das Ergebnis: Die Freien Wähler kamen mit 15,8% auf Platz Zwei hinter der CSU. Sie überholten dabei am späten Wahlabend sogar noch die AfD, die mit 14,6% auf Platz Drei kam. Hier wirkte sich wahrscheinlich der Effekt der Briefwahlstimmen aus, die an Wahlabenden stets zuletzt

ausgezählt, tatsächlich aber zum Teil schon Wochen vor der Wahl abgegeben wurden, als die Aiwanger-Affäre auf ihrem Höhepunkt war. Die gewünschten Nutznießer dieser Affäre, die Grünen kamen mit 14,4% nur auf Platz Vier. Weitere Verlierer des Abends waren die einseitig bleibende SPD und FDP und Linke, die beide den Einzug in den Landtag verpassten.

In Hessen lief der Wahlabend des 8. Oktober für die AfD sogar noch besser. Hier kam sie hinter der CDU mit 18,4% auf Platz Zwei, vor SPD und Grünen, die mit 15,1% und 14,8% die Plätze Drei und Vier belegten. Die AfD dürfte damit auch im Westen Deutschlands in der Fläche als Volkspartei angekommen und gut verankert sein. Sie erweist sich damit ein weiteres Mal als moderne, europäische Rechtspartei, die auch auf europäischer Ebene im Rahmen der ID-Familie gut vernetzt ist.

Dies festzustellen, blieb am Wahlabend auch dem bayerischen Ministerpräsidenten Söder mit bemerkenswert sachlichen Worten übrig. Söder erklärte, die Existenz der AfD sei eine Realität, die man zur Kenntnis nehmen müsse, egal ob einem das gefalle oder nicht. Die AfD sei zudem auf europäischer Ebene mit Gleichgesinnten in anderen europäischen Ländern vernetzt, was sie

zusätzlich stärke. Das gefalle ihm zwar nicht, aber so sei nun einmal die Lage. Dem bleibt eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Matthias Bath

Vor 100 Jahren: Inflation und Rentenmark

Im Ergebnis des verlorenen Ersten Weltkrieges war das Deutsche Reich hoch verschuldet. Hinzu kamen die von den Siegermächten dem Reich auferlegten Reparationen. 1922 überstiegen die hierfür geleisteten Zahlungen die gesamten Steuereinnahmen Deutschlands. Nach der Ruhrbesetzung (vgl. Trend Nr. 39) liefen die deutschen Staatsschulden vollends aus dem Ruder. Die Reichsbank finanzierte die Staatsausgaben durch die Ausgabe immer neuen Geldes. Die Zinsen blieben unter der Inflationsrate und damit real negativ. Die Geldmenge explodierte und mit ihr die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Bereits im Juni 1923

nen Großen Koalition gewählt, die am 26. September den Abbruch des passiven Widerstandes gegen die französisch/belgische Besetzung des Ruhrgebiets verkündete. Derweil wertete die Mark in rasendem Tempo weiter ab bis auf 4,2 Billionen für einen US-Dollar am Höhe- und Endpunkt der Inflation am 20. November 1923.

Bereits am 15. Oktober hatte die Reichsregierung aber die Deutsche Rentenbank gegründet, die im November mit der Ausgabe von Rentenbankscheinen als einer Art Parallelwährung begann. Das neue Geld war durch eine Zwangshypothek auf alle

rer Deckung durch reale Sachwerte von der Bevölkerung akzeptiert und am 30. August 1924 durch die neue Reichsmark abgelöst. Stresemann war da als Reichskanzler schon lange Vergangenheit, denn seine Große Koalition war bereits am 23. November 1923, wenige Tage nach dem Ende der Inflation, an einer von ihm selbst beantragten Vertrauensabstimmung gescheitert.

Fiskalisch gesehen war das Deutsche Reich der Hauptgewinner der Inflation, denn seine eigenen Kriegsschulden von 154 Milliarden Mark waren bis zum 15. November 1923 auf den Wert von nur noch 15,4 Pfennigen des Jahres 1914 geschrumpft. Schwerer als diese Entschuldung des Reiches wog aber der damit einhergehende Verfall aller in feste Geldbeiträge angelegten Vermögenswerte.

Damit verarmten vor allem Kleinunternehmer, Handwerker, Händler, Freiberufler, Beamte und Angestellte. Der Großteil des Mittelstandes war damit wirtschaftlich ruiniert. Der Mittelstand als traditioneller Träger des deutschen Staatsgedankens hatte seine völlige Hingabe an den Staat im Kriege mit dem völligen Verlust seines Vermögens bezahlt und drohte nun zu proletarisieren. Es ist verständlich, daß diese Menschen fortan mit der Republik von Weimar, von der sie sich bestohlen und betrogen fühlten, nichts mehr zu tun haben wollten.

M. B.



Banknoten der Inflationszeit: totaler Wertverlust

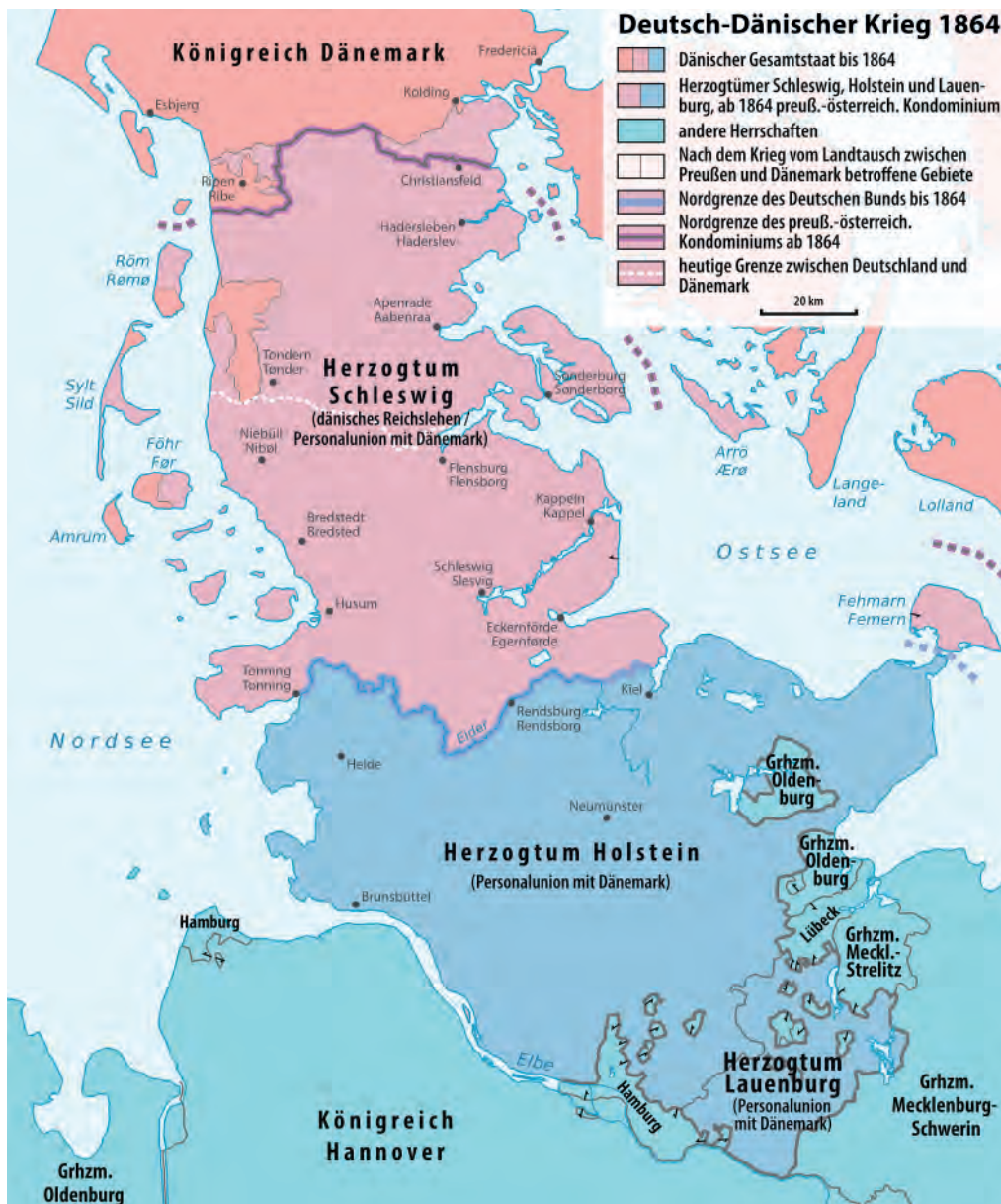
wurden über 80 % der kurzfristigen Staatsschulden von der Reichsbank gehalten. Nur noch ein Bruchteil der Staatsausgaben wurde durch reguläre Einnahmen gedeckt, der Großteil durch neue Verschuldung.

In Berlin kostete im Juli 1923 ein Laib Brot 3.465 Mark. Zu diesem Zeitpunkt wurden mehr als 100.000 Mark für einen US-Dollar gezahlt. Am 13. August 1923 wurde der liberale Politiker Gustav Stresemann (1878-1929) zum Reichskanzler ei-

landwirtschaftlichen Nutzflächen und alles industrielle Vermögen innerhalb des Deutschen Reiches gedeckt. Zugleich untersagte der deutsche Staat sich selber durch Gesetz, weitere Geldmengen auf den Markt zu werfen, und froh den Dollarkurs am 20. November ein. Damit konnte die deutsche Währung unproblematisch im Verhältnis von einer Rentenmark zu einer Billion alter Reichsmark umgestellt werden. Die Rentenmark wurde aufgrund ihrer begrenzten Umlaufmenge und ih-



Vor 160 Jahren: Dänemark annektiert Schleswig



Kommentar Karte

Seit jeher war die staatsrechtliche Situation der Herzogtümer Schleswig und Holstein kompliziert und unübersichtlich. Solange dänischer Absolutismus und ständeherrschaftliche Elemente in den Herzogtümern politische prägend waren, hatte dies jedoch keine weiteren Folgen.

1815 wurde Holstein Mitgliedsstaat des Deutschen Bundes und der dänische König als Herzog von Hol-

stein zugleich deutscher Bundesfürst. Schleswig mit seiner nach Norden hin stärker werdenden dänischen Bevölkerungsminderheit blieb wie schon seit dem Mittelalter dänisches Lehen und gehörte nicht zum Gebiet des Deutschen Bundes. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bewegte sich hier aber die deutsch-dänische Sprachgrenze allmählich nordwärts. Seit Mitte der dreißiger Jahre wurde diese Sprachfrage von

dänisch gesonnenen Kreisen in Kopenhagen aufgegriffen. Seitens Dänemarks wurde nun versucht, die verschiedenen Reichsteile enger zusammenzuschließen. Zugleich begann sich aber auch von Kiel ausgehend eine holsteinische Aversion gegen die Kopenhagener Zentralmacht zu entwickeln, die schließlich auch auf Schleswig übergriff. Dieser schleswig-holsteinische Regionalismus wurde mit der Zeit immer deutscher, weil er sich aus dem Gegensatz zu einer dänischen nationalen Ideologie entwickelte, die Schleswig dem dänischen Staat einverleiben wollte. Über den Sprachenstreit entwickelten sich zugleich auch einander ausschließende nationale Identitäten in Schleswig.

Als 1848 in Kopenhagen die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung für Dänemark und Schleswig beschlossen wurde, führte dies in Schleswig-Holstein zum Aufstand. Die Schleswig-Holsteiner verlangte die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund und die Gewährung einer schleswig-holsteinischen Verfassung. Dänemark hatte diesen Aufstand erst 1850 militärisch niedergeschlagen. Politisch hatte der Krieg für Dänemark aber nur die Abspaltung der Herzogtümer verhindert, aber keines der zum Aufstand führenden staatsrechtlichen Probleme gelöst.

Darüber hinaus hatte die schleswigsche Frage nunmehr eine internationale Dimension bekommen und konnte nicht mehr als innere Angelegenheit Dänemarks behandelt werden. Im zweiten Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 sicherte Dänemark den europäischen Großmächten zu, Schleswig nicht enger

an sich zu binden als Holstein und Lauenburg. Es sollte eine Verfassung ausgearbeitet werden, die der Dreigliedrigkeit der dänischen Monarchie Rechnung tragen würde. Sowohl der dänische Reichstag als auch die Stände der Herzogtümer sollten bei der Ausarbeitung mitwirken.

Aber auch nach 1852 blieben die Elbherzogtümer ein neuralgischer Punkt der europäischen Politik. Die Tendenz der dänischen Nationalbewegung bestand darin, die Herzogtümer entgegen den internationalen Verpflichtungen Dänemarks durch Übernahme der Gesetzgebung und der Haushaltshoheit nach und nach in den dänischen Staat einzugliedern. Die dänischen Nationalliberalen, die unter Ministerpräsident Carl Christian Hall 1857 wieder die Regierung in Kopenhagen übernommen hatten, hofften nach den Niederlagen der als Schutzmächte Deutschlands angesehenen Großmächte Rußland im Krimkrieg (1854-56) und Österreich im Italienischen Einigungskrieg (1859) gegen die liberalen Westmächte Frankreich und England erneut, Schleswig nunmehr an Dänemark anschließen zu können. Am 30. März 1863 ließ die Regierung Hall König Frederik VII. ein Dekret verkünden, das Holstein und Lauenburg Selbstverwaltung versprach, während Schleswig mit dem Königreich vereint werden sollte.

Gegen diesen Bruch vertraglicher Zusagen Dänemarks beschloß der Deutsche Bund am 1. Oktober 1863 die Bundesexekution gegen den dänischen König als Landesherren der deutschen Herzogtümer Holstein und Lauenburg. Das beeindruckte die Nationalliberalen in Kopenhagen jedoch nicht weiter: Die Regierung Hall legte den Entwurf einer gemeinsamen Verfassung für Dänemark und Schleswig vor. Diese „Novemberversfassung“ wurde am 13. November 1863 vom dänischen Reichstag ver-

abschiedet. Zwei Tage später starb Frederik VII. noch bevor er die neue Verfassung hatte unterzeichnen können. Am 18. November 1863 unterschrieb der neue König Christian IX. unter Hintanstellung eigener Bedenken die „Novemberversfassung“. Er ahnte, daß Dänemark angesichts der Rechtswidrigkeit seines Vorgehens kaum auf Unterstützung seitens der nichtdeutschen europäischen Großmächte hoffen durfte. Diese intervenierten denn auch am 20. Dezember 1863 in Kopenhagen und verlangten die Rücknahme der „Novemberversfassung“. Die Regierung Hall, die nun vor den Trümmern ihrer Außenpolitik stand, trat daraufhin zurück.

Am 24. Dezember 1863 rückten sächsische und hannoveranische Truppen in Holstein ein, das von den Dänen bis Anfang Januar 1864 kampfflos geräumt wurde. Nachdem Dänemark am 16. Januar 1864 ein preußisch-österreichisches Ultimatum zur Aufhebung der „Novemberversfassung“ abgelehnt hatte, überschritten am 1. Februar preußische und österreichische Truppen die Grenze nach Schleswig, womit der Deutsch-Dänische Krieg von 1864 als erster der deutschen Einigungskriege begann.

Matthias Bath



Dr. Matthias Bath

Wie ein jeder weiß
ist riesengroß der Kreis
derer, die am Staatseuter saugen,
ohne zu irgendetwas zu taugen.
Fangen an wir bei den Spitzen,
die für viel, viel Geld im Bundestag sitzen,
die, statt den Wohlstand des Volks zu
mehren,
nicht nur diesen nutzlos verzehren,
sondern die tagtäglich darum ringen,
dem Volk nach Möglichkeit Schaden
zu bringen.

Steigt man herab die Stufenleiter,
der Volksverrat geht rasant immer
weiter,
seh' ich die Massen, die aufhalten die
Hand,
raubt es mir fast den letzten Verstand.
Nur ein verblödetes Volk kann es
erdulden,
daß ein Staat aufhäuft einen Berg an
Schulden,
um das Geld Leuten in den Rachen zu
schmeißen,
die auf die, die es erbringen, herunter-
schauen
und das Geld in ungeheuren Massen
für aberwitzige Ideen verprassen,
die möchte ich hier und jetzt nicht
aufzählen,
für die sich läßt ein dummes Volk
quälen,
glotzt stumm dabei zu, wie ein Moloch
vernichtet,
was Generationen vor ihnen errichtet.

Merkt euch, es sind nicht nur
Volksverräter,
die aktiven Wohlstandvernichter die Tä-
ter.
Ein jeder der zuschaut und dazu schweigt,
wie die Regierung seine Zukunft vergeigt,
hat indirekt Deutschlands Absturz
mitverbrochen,
wird lebenslang nicht von Schuld
freigesprochen.

Rolf Lindner

Mein Allgäuer Freund hat sich in ein Haus verliebt, was in Plau am See steht. Er bat mich telefonisch, das Objekt zur abgemachten Zeit zu besichtigen, es sei ja von Berlin nur ein „Katzensprung“. So mache ich mich mit dem Zug und dem Klapprad auf dem Weg nach Plau, und lande in einer Straße voller Villen, von denen die meisten einen direkten Zugang zum See haben.

Ich schaue mir das Haus genau an: gebaut in den Zwanzigern, drei Geschosse, recht gut in Schuss, der Garten verwildert, aber hinter dem Haus sehe ich Hochstamm-Obstbäume, und einen Brunnen. Ein imposantes Schmiedeeisen-Gitter begrenzt das Grundstück.

Auf mein Klingeln öffnet eine ältere dick-busige Frau mit erstaunlich hellblauen Augen die Tür. Hinter ihr sehe ich ein hagerer Mann mit Schnurrbart und Hosenträger in Schwarz-Rot-Gold.

Ich werde gebeten einzutreten, und bin sofort eingehüllt in dem Duft von Kaffee und frischen Plätzchen. Der Geruch des Advents. In dem Esszimmer links sehe ich einen festlich gedeckten Tisch mit drei Kuchen

Ich stelle mich vor, und erkläre, daß ich nur die Stellvertreterin des eigentlichen Interessenten sei, und wieso und warum dieser nicht persönlich kommen konnte. Es scheint sie wenig zu interessieren.

„Nun nehmen Sie erst einmal Platz“, sagt die Frau und hat die Kaffeekanne schon in der Hand. „Sicher haben Sie Hunger nach der langen Zugfahrt, und wir haben gerade Kuchen gebacken“. Ich habe tatsächlich Appetit und vor allem Durst. Ich nehme das Angebot dankbar an. Während wir essen, erzählt die alte Frau munter drauf los: wie das Haus eigentlich einer Verwandte gehört hätte. Dort hätten ihre Eltern

Zuflucht gefunden, als sie '45 aus dem Sudetenland vertrieben wurden. Wie ihr Vater, der Gutsverwalter gewesen war, keine Arbeit gefunden und selbstgebrannten Obstschnaps schwarz verkauft habe. Und wie hart die Zeiten damals waren, und daß sie deswegen abends angeln gingen und die Fische geräuchert hätten. Zu dem Zweck hätten sie die Räucher-kammer gebaut, die noch hinter dem Haus stand. Jahrelang hätten sie sich als Selbstversorger über Wasser gehalten. Bevor ich mich versehe, liegen drei dicke Fotoalben auf dem Tisch: Ihre Eltern in Tschechien, ihr Onkel der Braumeister war und unübertroffenes Pilsener brauen konnte, die Kirche im Dorf nachdem dort einen Brand gewütet hatte, etc..

„Den Kuchen hier“, sagt der Mann, der bisher nicht viel geredet hatte, „den hat meine Frau gebacken nach dem Rezept unseres Sohnes. Der ist Konditor“. Und nun kommt das zweite Album an die Reihe: Die Kinder von Geburt bis zum heutigen Tag. Eine Tochter arbeitet in der Schweiz, wo sie geheiratet hat. Drei Schweizer Enkel hätten sie. Und der Konditor, der nun auf ein Kreuzfahrtschiff arbeitet, wo er jeden Tag tausende Petit Fours backen muss. Der jüngste Sohn lebt in München und hätte viel Arbeit als Anwalt.

Ich arbeite mich durch ein weiteres Stück Kuchen und schaue mich um: Türen mit Intarsien, die Stuckleisten an der Decke noch fast völlig intakt. Schiebetüren mit Bleiverglasung. Original erhaltene Supraporten. Die alte Dame bemerkt meine Blicke und bietet gleich an, mich durch das Haus zu führen.

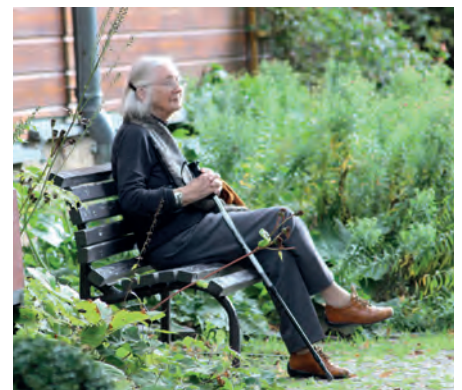
Die Zimmer der Kinder sind noch so, als wären sie gerade auszogen. Aus den Fledermausgauben im Dachboden hat man einen Blick über den See und das etwas entfernte Zen-

trum von Plau. Zwei große Badezimmer gibt es und eine Gästetoilette in alt-rosa und gold. Die Küche ist noch original DDR, in Chemnitz hergestellt. Die Eßgruppe ist noch älter: Bauhaus-Stühle aus Metallrohr und Formholz. Heute zahlen Liebhaber dafür ein Vermögen. Das Haus erinnert mich an das Haus von Gerhart Hauptmann auf Hiddensee. Ein Juwel. „Das muß ich haben“, schreit es aus all meine Poren und ich hoffe, die Eigentümer sehen mir die Begehrlichkeit nicht an.

„Sieht alles ganz gut aus“, sage ich mit gespielter Gleichgültigkeit. „Aber der Preis ist eindeutig zu hoch gegriffen. Sie wissen ja selber, wie es um die Haustechnik bestellt ist; da muss alles erneuert werden. Und darüber hinaus werden die Knalltüten die an der Regierung sind, bestimmt das wirre Heizungsgesetz von Habeck durchsetzen. Das wird dann teuer für Altbaubewohner. Tja, und dann die Lage... ganz schön weit bis zum nächsten Laden... Die Fenster sind auch nicht gerade neu, und isolieren nicht ordentlich... Vielleicht überlegen Sie sich mal, wie viel Sie den Preis noch reduzieren könnten?“

Die beiden schauen sich kurz verschmitzt an. Dann sagt der alte Herr sanft: „Ach wissen Sie, der Preis ist egal. Wir wollen das Haus ohnehin nicht verkaufen. Aber sonst besucht uns ja gar keiner.“

Hendrika



Aufnahmeantrag



Freunde der Staatsreparatur e. V. - Aufnahmeantrag für Fördermitglieder

Auszug aus § 2 der Satzung :

1) Der Verein arbeitet als ehrenamtliche Gemeinschaft dem Ziel, durch politische Bildung am demokratischen Willensbildungsprozess des deutschen Volkes teilzunehmen.

Zu diesem Zweck werden Veranstaltungen zur politischen Bildung insbesondere in den Räumen im Jungfernstieg 4 B, 12207 Berlin, auch bekannt unter dem Namen „Staatsreparatur“ durch den Verein organisiert und durchgeführt.

(2) Die Veranstaltungen zur politischen Bildung werden in Form von Seminaren, Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen, Exkursionen [...] durchgeführt.

Ich beantrage die Aufnahme als Fördermitglied und erkläre mich bereit, einen

monatlichen jährlichen Beitrag von _____ EUR zu leisten.

Vorname,

Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Email

Telefon

Unterschrift

Als Fördermitglied werden Sie über alle Veranstaltungen und Angebote der Staatsreparatur informiert. Der Besuch aller Veranstaltungen mit Eintritt ist zu einem reduzierten Beitrag möglich. Fördermitglieder können an Mitgliederversammlungen teilnehmen, haben jedoch kein Stimmrecht.

Ein Austritt ist jederzeit zum Ende des laufenden laufenden Jahres durch Erklärung in Schriftform (z. B. per Mail) möglich.

Der Verein ist gemeinnützig, Sie erhalten im Folgejahr eine Spendenquittung.

Schicken Sie diesen Abschnitt per Post an:
Freunde der Staatsreparatur e. V., Jungfernstieg 4b, 12207 Berlin oder per Mail an:
info@staatsreparatur.de

